

KDFB – INFORMATIONEN 2/2009



Thema: Bundestagswahl 2009

KDFB zur Bundestagswahl

- 2 Frauen bestimmen die Wahl mit
- 2 KDFB-Standpunkte
- 3 KDFB-Frauen kandidieren für den Bundestag

Verbände & Organisationen zur Wahl

- 7 Deutscher Frauenrat
- 8 DGB-Frauen
- 8 Caritas
- 10 Familienbund der Katholiken
- 12 AGIA
- 12 BDKJ
- 13 BAGSO
- 14 Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Kirchen zur Bundestagswahl

- 15 Deutsche Bischofskonferenz

Parteiprogramme & Informationen

- 16 62,2 Millionen Wahlberechtigte
- 16 Wer steht zur Wahl?
- 17 Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien
- 17 Interkulturelle Wahlfibel

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund

- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Tel (0221) 86092-0
Fax (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

KDFB zur Bundestagswahl**Frauen bestimmen die Wahl wesentlich mit****KDFB-Standpunkte zu frauenspezifischen Themen**

Köln, 28.8.2009 - Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) ruft seine 220.000 Mitglieder und alle Frauen auf, sich an der bevorstehenden Bundestagswahl am 27. September 2009 zu beteiligen. „Es liegt in der Hand von Frauen, ob und wie in Deutschland Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht wird“, sagt Ingrid Fischbach, Präsidentin des Frauenbundes. Wählen zu gehen bedeute, das politische Geschehen aktiv im Sinne von Fraueninteressen mitzugestalten und Einfluss auf zukünftige Entwicklungen zu nehmen. „Demokratie lebt von der Beteiligung, nicht vom Schweigen“, so Fischbach.

Im Wahljahr hat der Frauenbund Standpunkte und konkrete Forderungen zu frauenspezifischen Themen wie Gleichberechtigung von Frau und Mann, gerechte Entlohnung für die Arbeit von Frauen, verbesserte Rahmenbedingungen für Familien, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige, eine eigenständige Alterssicherung für Frauen, die Achtung der Menschenwürde, Umweltschutz und nachhaltiges Leben formuliert. „Damit lassen sich Parteiprogramme überprüfen und Gespräche mit Kandidatinnen und Kandidaten über aktuelle Themen führen“, stellt die KDFB-Präsidentin fest.

Die Positionen des Frauenbundes sollen Verbandsmitglieder ermutigen, sich im Kontakt mit politisch Verantwortlichen aktiv für eine gerechte Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft stark zu machen. Dies tut der Frauenbund bereits seit seiner Gründung 1903 mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit standen dabei immer im Mittelpunkt der verbandlichen Aktivitäten. „Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind, wie es in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes geschrieben steht“, begründet Ingrid Fischbach das Engagement des KDFB, „denn eins ist klar: ohne Frauen ist kein Staat zu machen.“

Redaktion: Ute Hücker

Standpunkte des KDFB

Seit über 100 Jahren gestaltet der Katholische Deutsche Frauenbund auf vielfältige Weise und auf allen Ebenen Gesellschaft, Politik und Kirche mit. Frauenbundsfrauen formulieren ihre Interessen öffentlich und weisen auf Ungerechtigkeiten hin, so nehmen sie Einfluss auf aktuelles politisches Geschehen und auf zukünftige Entwicklungen. Sie wollen dazu beitragen, ob und wie die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit kraftvoll und mit Frauensolidarität geschieht. Auf der Basis eines christlichen Menschenbildes wird engagiertes Handeln so zum Ausdruck lebendiger Demokratie.

Alle Frauenbundsfrauen sind aufgerufen, sich immer wieder mit frauenspezifischen Themen auseinanderzusetzen und die Standpunkte des Verbandes in Gesprächen und Diskussionen einzubringen. Auch im Kontakt mit politisch Verantwortlichen zeigen seine Positionen, Meinungen und

Forderungen, dass sich der Frauenbund aktiv für eine gerechte Gegenwart und Zukunft stark macht.

Anlässlich der Wahlen 2009 hat der Frauenbund seine aktuellen „Standpunkte“ zu folgenden neun Themen zusammengefasst:

- Gleichberechtigung von Frau und Mann verwirklichen
- Frauenarbeit gerecht entlohnen
- Rahmenbedingungen für Familien weiter verbessern
- Ehrenamt stärken
- Alter und Pflegezeiten sozial absichern
- Menschenhandel und Zwangsprostitution bekämpfen
- Integration gemeinsam gestalten
- Nachhaltig leben
- Die Würde des Menschen achten.

Die PDF-Datei mit den Standpunkten des KDFB kann im Internet heruntergeladen werden unter www.frauenbund.de

Die Standpunkte können aber auch bei den Diözesanverbänden und in der Bundesgeschäftsstelle des KDFB bestellt werden.

Diese KDFB-Frauen kandidieren für den Bundestag

17 Frauenbundsfrauen haben sich als Bundestagskandidatinnen für die Wahl am 27. September aufstellen lassen

Ilse Aigner, CSU, Gmund/Tegernsee, Direktkandidatin im Wahlkreis Starnberg/Bad Tölz/Wolfratshausen

Persönliches: 44, ledig, Elektrotechnikerin

Politische Ämter: Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, MdB seit 1998, Mitglied des CSU-Parteivorstandes, Beisitzerin im Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Stellvertretende Bezirksvorsitzende der CSU, 1994 bis 1998 MdL

Ehrenamt: unter anderem Landesvorsitzende der BRK-Wasserwacht, Vizepräsidentin des Landesverbandes Oberbayern im Bund Deutscher Karneval

Schwerpunkte: Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Ernährung

Marie-Luise Dött, CDU, Oberhausen, Landesliste NRW

Persönliches: 56, verheiratet, ein Kind, Unternehmerin, Einzelhandelskauffrau, Gemmologin, Diamantgutachterin

Politische Ämter: MdB seit 1998, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU Bundestagsfraktion, stellvertretende Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Mitglied der Bundesfachkommissionen Energiepolitik und Umweltpolitik des Wirtschaftsrates Deutschland, stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU

Ehrenamt: Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU)

Schwerpunkte: Umweltpolitik, Wirtschafts- und Ordnungspolitik, Mittelstandspolitik

Angelica Theresia Dullinger, SPD, Kochel a. See, Landesliste Bayern

Persönliches: 49, ledig, Finanzwirtin, Referentin für Frauenfragen

Politische Ämter: Orts- und Kreisvorsitzende der SPD, bis 2008 Gemeinderätin

Ehrenamt: zum Beispiel Frauenfachbereichsvorstand Bund/Land und Bundesrevision der Gewerkschaft Ver.di, Mitglied in der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und im Frauennetzwerk für Frieden, Vorsitzende des Vereins sofia Frauenseminar und Gästehaus Kochel am See

Schwerpunkte: Wirtschaftspolitik, Bildungsgerechtigkeit, gute Arbeit

Ingrid Fischbach, CDU, Herne, Landesliste Nordrhein-Westfalen

Persönliches: 52, verheiratet, ein Kind, Lehrerin

Politische Ämter: MdB seit 1998, Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften und Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Sportausschuss des Bundestages, stellvertretende Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Mitglied der AG Kommunalpolitik des Bundestages, stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen Union

Ehrenamt: Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Schwerpunkte: Soziales, Familie, Jugend, Senioren, Ehrenamt

Ute Granold, CDU, Klein-Winternheim, Landesliste Rheinland-Pfalz

Persönliches: 54, zwei Kinder, Rechtsanwältin

Politische Ämter: MdB seit 2002, Mitglied im Rechtsausschuss und im Unterausschuss Europarecht, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages, Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vertreterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Koordinierungsausschuss für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes; Ortsbürgermeisterin, Kreisrätin

Ehrenamt: im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte und im SOLWODI-Kuratorium

Schwerpunkte: Rechts-, Familien- und Menschenrechtspolitik

Monika Grütters, CDU, Berlin, Landesliste Berlin

Persönliches: 47, ledig, Literatur- und Kunsthistorikerin, Professorin für Kulturmanagement, Sprecherin des Vorstands der Stiftung „Brandenburger Tor“ der Landesbank Berlin Holding AG

Politische Ämter: MdB seit 2005, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages sowie Obfrau der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages, Mitglied im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie Sprecherin und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ im Bundestag, Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag; Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus bis 2005; stellvertretende Landesvorsitzende der CDU

Ehrenamt: Mitglied in Kulturstiftungen, Hörfunkräten, Hochschulen

Schwerpunkte: Bildungs- und Kulturpolitik, Einsatz für den Erhalt des Religionsunterrichts als gleichberechtigtes Lehrangebot an Berliner Schulen

Rita Hagl, SPD, Mauth, Direktkandidatin im Wahlkreis Deggendorf

Persönliches: 38, verheiratet, zwei Kinder, Gymnasiallehrerin

Politische Ämter: Unterbezirkvorsitzende der SPD

Ehrenamt: Mitglied in der Katholischen Erziehergemeinschaft und der Wasserwacht

Schwerpunkte: Familien- und Bildungspolitik

Gerda Hasselfeldt, CSU, Direktkandidatin im Wahlkreis Dachau/Fürstenfeldbruck

Persönliches: 59, verheiratet, zwei Kinder, Volkswirtin

Politische Ämter: MdB seit 1987; Vizepräsidentin des Bundestages, Mitglied der CSU-Grundsatzkommission, ehem. Bundesbau- und Bundesgesundheitsministerin

Ehrenamt: diverse, zum Beispiel Vorsitzende des Kuratoriums des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen

Schwerpunkte: Familie, Landwirtschaft, Energiepolitik und Finanzen

Barbara Lanzinger, CSU, Amberg, Landesliste Bayern

Persönliches: 54, verheiratet, drei Kinder, Sozialpädagogin, Mitarbeit im Architekturbüro

Politische Ämter: MdB bis 2005, Stadträtin, Mitglied im Bezirksvorstand der CSU, CSU-Kreisvorsitzende, stellv. Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende der Frauen Union

Ehrenamt: bis 2007 Landesvorsitzende des Hospizverbandes, stellvertretende Vorsitzende des Hospizvereins in Amberg

Schwerpunkte: Kommunal-, Familien-, Gesundheits- und Mittelstandspolitik, Ethik

Marlene Mortler, CSU, Lauf, Ortsteil Dehnberg, Direktkandidatin im Wahlkreis Roth

Persönliches: 53, verheiratet, drei Kinder, Hauswirtschaftsmeisterin, Unternehmerin

Politische Ämter: MdB seit 2002, Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus im Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Bundestages; stellvertretende Vorsitzende des CSU-Bezirksverbandes, Kreisrätin

Ehrenamt: diverse, zum Beispiel Bezirksbäuerin, stellvertretende Landesbäuerin und Präsidiumsmitglied des Bayerischen Bauernverbandes, Stellvertretende Vorsitzende des „Kuratoriums QS-Qualität und Sicherheit“, Medienrätin

Schwerpunkte: Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz, Tourismus

Mechthild Rawert, SPD, Berlin, Direktkandidatin im Berliner Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg

Persönliches: 51, ledig, Diplom-Pädagogin, Diplom-Sozialpädagogin, tätig an der Sozialpädagogischen Fortbildungsstätte Haus am Rupenhorn, beim Sozialdienst katholischer Frauen, als Projektmanagerin in den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Ost-Berlin

Politische Ämter: MdB seit 2005, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz des Bundestages; von 2000 bis 2007 Landesvorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Ehrenamt: zum Beispiel Mitglied im Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“; Beisitzerin im LandesfrauenRat Berlin; Ver.di; Sprecherin der Berliner Linken; Mitglied im Parlamentarischen Beirat für Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Mitglied von Pax Christi

Schwerpunkte: Frauen- und Gleichstellungspolitik, Gesundheitspolitik, VerbraucherInnen- und Patientenrechte

Eva Riesterer, SPD, Auerbach, Landesliste Bayern

Persönliches: 48, verheiratet, fünf Kinder, Krankenschwester, Familienfrau

Politische Ämter: Gemeinde- und Kreisrätin, Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Ehrenamt: Zweigvereinsvorsitzende im KDFB, stellvertretende Vorsitzende im Förderverein der Kinderklinik in Deggendorf, Hauptjugendschöffin

Schwerpunkte: Frauen, Familien- und Gesundheitspolitik

Annette Schavan, CDU, Ulm, Direktkandidatin im Wahlkreis Ulm/Alb-Donau-Kreis

Persönliches: 54, ledig, promovierte Theologin, Honorarprofessorin

Politische Ämter: seit 2005 MdB und Bundesministerin für Bildung und Forschung, davor zehn Jahre lang Kultusministerin in Baden- Württemberg und vier Jahre lang MdL; stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands

Ehrenamt: ehemalige Vizepräsidentin des KDFB, Mitglied in diversen Stiftungen, Mitglied des Senats der Max-Planck- Gesellschaft, München

Schwerpunkte: Bildungs- und Forschungspolitik

Marianne Schieder, SPD, Wernberg-Köblitz, Landesliste Bayern

Persönliches: 47, ledig, Juristin

Politische Ämter: MdB seit 2005, davor elf Jahre MdL, im Bundestag als Schriftführerin in die Leitung der Plenarsitzungen eingebunden, Mitglied im Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und im Rechtsausschuss des Bundestages; stellvertretende Landrätin, Marktgemeinderätin; diverse Parteiämter, stellvertretende Bezirksvorsitzende und Mitglied im Landesvorstand der SPD

Ehrenamt: Leiterin des BDKJ-Kinderzeltlagers, aktiv für UNICEF und Eine-Welt-Handel, ehemalige Bundesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung

Schwerpunkte: Bildungs-, Frauen-, Verbraucher- und Rechtspolitik, Ernährung, Bürgerschaftliches Engagement

Cornelia Wasner-Sommer, CSU, Neuhaus/Inn, Landesliste Bayern

Persönliches: 44, verheiratet, zwei Kinder, Tierarztangestellte, Landwirtin

Politische Ämter: Gemeinderätin, Stellvertretende Ortsvorsitzende und Kreisvorstandsmitglied der CSU, Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU auf Bezirks- und Landesebene, im Bezirksvorstand der CSU, stellvertretende Kreisvorsitzende der Frauen Union

Ehrenamt: Ortsbäuerin im Bayerischen Bauernverband, Lektorin

Schwerpunkte: Familien- und Landwirtschaftspolitik

Rita Wiesend, ödp, Speinshard, Landesliste Bayern

Persönliches: 49, verheiratet, drei Kinder, Meisterin der Hauswirtschaft, Pfarrsekretärin

Politische Ämter: Kreisrätin, stellvertretende Fraktionssprecherin

Ehrenamt: Landesvorsitzende des VerbraucherService Bayern im KDFB, KDFB-Bezirksleiterin, Vorsitzende des Prüfungsausschusses Hauswirtschaft

Schwerpunkte: Verbraucherschutz, Familie, ländlicher Raum, Umweltschutz

Adelheid Zimmermann, FDP, Bad Brückenau, Direktkandidatin im Wahlkreis Bad Kissingen/Rhön-Grabfeld/Haßberge

Persönliches: 60, verh., drei Kinder, früher Realschullehrerin, jetzt Praxismanagerin

Politische Ämter: Stadt-, Kreis- und Bezirksrätin, 3. Bürgermeisterin; im Landesvorstand der FDP

Ehrenamt: Engagement bei Kolping, für eine Tafel, im Frauenring

Schwerpunkte: Kommunale Haushalte, Management kommunaler Unternehmen, Kultur als Bildungs- und Wirtschaftsförderung, Gesundheitspolitik

Zusammengestellt von Eva-Maria Gras und Ursula Hafner

Verbände & Organisationen zur Bundestagswahl

Deutscher Frauenrat:

Wahlprüfsteine 2009 des Deutschen Frauenrates – Gleichstellungspolitische Anforderungen an eine zukünftige Politik

Vor 60 Jahren wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen und verkündet - unbestritten die beste Verfassung, die Deutschland je hatte. 60 Jahre danach ist das Land nur bedingt in einer guten Verfassung, und das nicht nur wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Noch immer ist die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erreicht und mithin die Demokratie in Deutschland nicht vollendet. Damit das Verfassungsgebot des Artikels 3, Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ verwirklicht wird, formuliert der Vorstand des Deutschen Frauenrates Forderungen an die Politik der künftigen Bundesregierung zu folgenden Themen:

- Gleichstellungspolitik
- Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Armutsbekämpfung
- Forschungs- und Technologiepolitik
- Gesundheitspolitik

Die Wahlprüfsteine wurden den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien am 11. Juni zugeleitet, verbunden mit der Bitte, die Positionen bei der Gestaltung der zukünftigen Bundespolitik angemessen zu berücksichtigen.

Unter die Lupe genommen: Die Wahlprogramme der Parteien

Welche Rolle spielen Frauen- und Geschlechterpolitik in den Parteiprogrammen für die Bundestagswahl 2009? Der Deutsche Frauenrat hat die Positionspapiere von CDU, SPD, FDP, Die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer kritischen Prüfung unterzogen. Anlässlich der Bundestagswahlen 2009 hat der Vorstand des Deutschen Frauenrates im Juni 2009 seine Erwartungen und Forderungen an eine geschlechtergerechte Politik veröffentlicht. Diese Wahlprüfsteine wurden an die Vorstände der im Bundestag vertretenen Parteien geschickt. Von den meisten Parteien sind inzwischen Antworten bzw. Stellungnahmen dazu eingetroffen.

In einem zweiten Schritt wurden die Wahlprogramme der Parteien entlang des Forderungskatalogs des Deutschen Frauenrates geprüft. Dabei hat sich erwartungsgemäß bestätigt, dass Geschlechtergerechtigkeit je nach Partei sehr unterschiedlich ernst genommen wird.

Die **Wahlprüfsteine** des Deutschen Frauenrates, die **Antworten der Parteien** sowie die **Synopse** der Wahlprogramme unter dem Stichwort Frauen- und Geschlechterpolitik können im Internet heruntergeladen werden unter www.frauenrat.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB):

Gleichstellungspolitische Positionen des DGB im Wahljahr 2009

Unter dem Titel „Frauen bestimmt. Gleichstellungspolitische Positionen des DGB im Wahljahr 2009“ hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Forderungen zu folgenden Themen zusammengestellt:

- Die berufliche Gleichstellung gesetzlich regeln
- Die Arbeitsmarktpolitik geschlechtergerecht weiter entwickeln
- Die Bildungspolitik modernisieren
- Die Sozial- und Steuerpolitik endlich umbauen
- Die Verkehrspolitik an den Bedürfnissen der NutzerInnen ausrichten
- Die politische Partizipation von Frauen verbessern
- Europa muss weiblicher werden

Die Positionen der DGB-Frauen können im Internet heruntergeladen werden unter <http://www.dgb-frauen.de/themen/dokumente/wahlpositionen.pdf>

Caritas:

Familienpolitischer Pragmatismus

Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

Die Wahlkampfprogramme der Parteien zur Bundestagswahl im September sind verabschiedet und wurden jeweils der Öffentlichkeit vorgestellt. In allen Programmen finden sich umfangreiche Passagen zur Familienpolitik. Dies unterstreicht die hohe Bedeutung, dem dieser Politikbereich mittlerweile zukommt. Reformvorschläge beziehen sich insbesondere auf familienbezogene Transfers und Steuerregelungen sowie auf Erleichterungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

FDP und die Linke sind sich einig in der Forderung, das Kindergeld auf 200 Euro erhöhen zu wollen. Auch die CDU möchte das Kindergeld insbesondere ab dem dritten Kind verbessern, macht jedoch keine Angaben zur erforderlichen Höhe. Außerdem fordern CDU, SPD und die Linken eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlages, während stattdessen Bündnis 90/Die Grünen eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung für alle Kinder konzipiert haben. Insgesamt besteht immer noch große Ratlosigkeit bzgl. eines wirklich tragfähigen Modells zur eigenständigen Existenzabsicherung von Kindern.

Unterschiedlich sind die steuerlichen Konzepte: Die SPD fordert die Umwandlung des Kinderfreibetrags im Steuerrecht zu einem Kindergrundfreibetrag, der zu einer gleichen Entlastung bei allen Eltern führen soll, während alle anderen Parteien in der bestehenden Systematik eine

Erhöhung des Kinderfreibetrages fordern. Aus der Perspektive des DCV ist bei höheren Kinderfreibeträgen, die sachlich gerechtfertigt wären, zu bedenken, dass dies gerade höhere Einkommensbezieher entlastet und so Ressourcen bindet, die dringend zur Bekämpfung von Kinderarmut und anderer familienpolitischer Ziele benötigt werden.

Auch das Ehegattensplitting ist wiederum Wahlkampfthema: Während sich die CDU/CSU weiterhin explizit zur Ehe und zur vollen Erhaltung des Ehegattensplittings bekennt, profilieren sich Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit ihrer Position einer Individualbesteuerung und der steuerlichen Neutralität hinsichtlich der Lebens- und Familienformen. Dies korrespondiert mit der Forderung nach Anerkennung und Förderung auch anderer Lebensformen (Bündnis 90/Die Grünen) oder der Forderung „alle Familienformen“ (Die Linke) bzw. „gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften mit der Ehe“ gleichzustellen (SPD).

Änderungsvorschläge aller Parteien zielen auch auf das Elterngeld, obwohl die Evaluation nach Auffassung des BMFSFJ keinen Korrekturbedarf ergeben hat (s. Info 37/2008). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) will sich in einer Stellungnahme zu den Effekten und dem Reformbedarf des Elterngeldes Anfang August positionieren. Einig sind sich alle Parteien mit Ausnahme der CDU/CSU in der Ablehnung des Betreuungsgeldes.

Hinsichtlich der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden die gängigen Forderungen nach Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Absicherung von Fürsorgezeiten und Ausbau der Kindertagesbetreuung bemüht. Wie der Vorstellung „Familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien“ (CDU) zu haben, tatsächlich Raum verschafft werden kann, bleibt jedoch auch angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weitgehend offen.

Das Thema familienunterstützende Dienstleistungen bleibt in den Programmen weitgehend auspart. Lediglich die CDU geht in ihrem Programm auf die Themen Familienbildung und -beratung, Müttergenesung und frühe Hilfen ein. Bündnis 90/Die Grünen erwähnen die Notwendigkeit von frühen Hilfen und Hilfen für Alleinerziehende widmen sich dafür aber ausführlicher dem Thema Gleichberechtigung und Frauen. Auch das Thema Schwangerschaftskonflikt findet sich in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Partei Die Linken. Grüne und Linke fordern die Abschaffung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen und die Grünen darüber hinaus die Abschaffung der Pflichtberatung. Die FDP greift ein unerledigtes Thema aus dem vorangegangenen Koalitionsvertrag auf und fordert eine Rechtsgrundlage zur anonymen Geburt.

Im Sammelsurium der unterschiedlichen Themen und Vorschläge bewegen sich alle Parteien weitgehend in den alten Bahnen. Es gibt wenig Vorschläge zur Beseitigung der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ Familien gegenüber noch hinreichende Antworten auf die Frage, wie der Druck, unter dem Familien in vielerlei Hinsicht leiden, grundlegend vermindert werden kann. Eltern wird weiterhin die Last aufgebürdet, einerseits den Lebensunterhalt für alle Familienmitglieder erwirtschaften und andererseits Zeiten organisieren zu müssen, in denen Familie gelebt und Sorgeverantwortung wahrgenommen werden kann. Die hierfür erforderliche gesellschaftliche Unterstützung bleibt entweder zeitlich eng umgrenzt oder in vielen Lebenssituationen unzureichend. Gestaltungsspielräume eröffnen sich unter diesen Bedingungen zumeist nur für diejenigen, die in der Lage sind, ihre Lebens- und Familienvorstellungen finanziell selbst zu subventionieren.

Der DCV wird sich in den Wahlkampf insbesondere mit Positionen zu Kinderarmut, Bildungsgerechtigkeit und mit dem Jahresthema Menschen am Rande einbringen, zu denen die verbandlichen Gliederungen erste Informationen und Materialien erhalten haben.

Familienbund der Katholiken:

„Eltern“-Studie zeigt: Familien brauchen eine deutliche finanzielle Entlastung und mehr Anerkennung ihrer Familienarbeit

Der Familienbund der Katholiken fordert angesichts der von der Zeitschrift „Eltern“ vorgestellten Forsa-Umfrage „Familie und Wahl“ eine deutliche finanzielle Entlastung für Familien und eine stärkere Anpassung der Familienpolitik an die Bedürfnisse der Familien.

„Wenn 74 % und damit 3/4 der befragten Eltern die aktuelle Familienförderung als Augenwischerei empfinden und das Gefühl haben, sie erhielten vom Staat Geld, das er ihnen vorher über Abgaben und Steuern weggenommen hat, zeigt dies, dass wir in Deutschland von einem transparenten und vor allem gerechten Familienlastenausgleich noch weit entfernt sind“, so Elisabeth Bußmann, Präsidentin des Familienbundes der Katholiken heute in Berlin. Der Familienbund fordert deshalb seit Jahren ein einheitliches Kindergeld von 300 Euro pro Kind sowie einen einheitlichen Steuerfreibetrag für Erwachsene und Kinder in Höhe von 8.000 Euro pro Jahr. „Familien haben ein Recht auf einen nachhaltigen steuerlichen Ausgleich der gesamten Unterhaltskosten für ihre Kinder“, so Bußmann.

„Die Umfrage zeigt auch, dass 88 % der Befragten sich eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit wünschen. Diese Sichtweise findet in der derzeitigen Familienpolitik, die den Fokus allein auf einen möglichst frühen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit richtet, keinen Niederschlag. Das muss sich ändern“, fordert Bußmann.

Um deutlich zu machen, was Familien wirklich wollen, lässt der Familienbund alle Wählerinnen und Wähler unter der Internetadresse www.mehrkinderwagen.de bis zur Bundestagswahl über seine fünf wichtigsten Forderungen abstimmen. Der Appell lautet: Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert. Das Ergebnis der Abstimmung wird der Familienbund nach der Wahl der neuen Bundesregierung als Handlungsempfehlung überreichen.

Familienbund der Katholiken:

MehrKinderwagen.de

Die Initiative des Familienbundes der Katholiken zur Bundestagswahl 2009

„Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert“ heißt das Motto der Initiative des Familienbundes der Katholiken zur Bundestagswahl 2009. Auf der Website www.mehrkinderwagen.de kann über fünf zentrale Forderungen des Familienbundes an die Politik abgestimmt werden. Bis

zu drei Vorhaben, die in der nächsten Legislaturperiode Priorität haben sollten, können gewählt werden. Das Ergebnis der Abstimmung wird der Familienbund der Katholiken nach der Bundestagswahl der neuen Bundesregierung überreichen. „Wir verstehen uns als ‘Stimme der Familie’. Deshalb laden wir die Menschen in Deutschland vor der Bundestagswahl ein, darüber abzustimmen, was Familien wirklich brauchen“, sagt die Präsidentin des Familienbundes, Elisabeth Bußmann. „Das Wahl-Ergebnis wollen wir der Politik ins Stammbuch schreiben. Familien brauchen heute einen Schutzschirm, damit Kinder morgen eine lebenswerte Zukunft haben. Wir sind der Meinung: Deutschland muss mehr Kinder wagen“, so Bußmann. „Mehr Kinder wagen bedeutet: bessere finanzielle Entlastung für Eltern, eine qualitativ hochwertige Familien ergänzende Infrastruktur und mehr Zeit für Familie. Darüber hinaus kann eine Politik, die mehr für Kinder und Familien wagt, auch dazu führen, dass wir wieder mehr Kinderwagen in unserem Straßenbild sehen“, so Elisabeth Bußmann.

Abstimmen kann jeder auf unserer Website www.mehrkinderwagen.de sowie auf Wahlzetteln, die in der Bundesgeschäftsstelle des Familienbundes (Tel: 030/326 756 0) angefordert werden können.

Auf der Website sowie in Broschüren und auf Plakaten finden sich weitere Informationen zu den fünf zentralen Forderungen.

Zur Wahl stehen:

- ein Kindergeld in Höhe von 300 Euro für jedes Kind
- eine Anschlussleistung von 300 Euro an das Elterngeld
- Kinderarmut durch angepasste Hartz-IV-Regelsätze beseitigen
- mehr Zeit für Familie durch eine familienfreundliche Unternehmenskultur
- eine qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung.

Die Abstimmung ist anonym und läuft bis einschließlich 27. September 2009. Das Ergebnis wird anschließend (nach der Bundestagswahl) auf der Website der Initiative unter www.mehrkinderwagen.de veröffentlicht.

Positionierung der AGIA zur Bundestagswahl 2009

Armut Alleinerziehender und ihrer Kinder bekämpfen und vermeiden!

Die AGIA (Arbeitsgemeinschaft Interessensvertretung Alleinerziehende) fordert die Parteien zur Bundestagswahl 2009 auf, Alleinerziehende und ihre Kinder stärker vor Armut zu schützen. Neben finanziellen Hilfen, dem Zugang zu einer Existenz sichernden und familienfreundlichen Erwerbsarbeit sowie Qualifizierungs- und Wiedereingliederungshilfen, sieht die AGIA eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung als notwendig an. Alleinerziehende sind im Vergleich zu Paarfamilien überdurchschnittlich häufig arm. Ihre Armutsquote liegt laut dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bei 24 %. Die wirtschaftliche Not hat negative Folgen im Hinblick auf

gesellschaftliche Teilhabe, Gesundheit, Bildung und Zukunftsperspektiven. Deshalb sind dringend weitere Maßnahmen zum Abbau und zur Vermeidung von Armut in Einelternfamilien erforderlich.

Die AGIA fordert, das Kindergeld kurzfristig vom 1. Kind an auf 230 € monatlich - entsprechend der aktuellen maximalen Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder - anzuheben und spricht sich für eine Kindergrundsicherung aus. Sie kritisiert, dass gerade Alleinerziehenden und ihren Kindern, die als Bedarfsgemeinschaften vom SGB II abhängig sind, die Kindergelderhöhung vom 1.1.2009 nicht zugute kam, da diese auf die Leistungen nach dem SGB II angerechnet wurde.

Alleinerziehende und ihre Kinder sind in der Regel nur dann vor Armut geschützt, wenn sie dauerhaft einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen. Nach neuesten bundesgerichtlichen Urteilen ist diese allerdings nicht in jedem Fall zumutbar und im Interesse des Kindeswohls auch nicht immer sinnvoll. Sofern das Erwerbseinkommen z. B. bei täglich 5-stündiger Arbeitszeit zur Existenzsicherung nicht ausreicht und Unterhaltszahlungen nicht in ausreichender Höhe erfolgen, sollte eine Lösung außerhalb des Bezugs von ALG II gefunden werden.

Die hohe Arbeitslosigkeit von Alleinerziehenden liegt oft auch an unabgeschlossenen oder niedrigen schulisch/beruflichen Qualifikationen. Daher fordert die AGIA, Teilzeitausbildungen für Alleinerziehende flächendeckend auszubauen. Darüber hinaus ist eine zuverlässige und bezahlbare Betreuung, die auch zu flexiblen Arbeitszeiten passt, aus der Perspektive Alleinerziehender dringend erforderlich.

Trägerverbände der Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA) sind der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF), die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung (BAG).

Die Positionierung der AGIA zur Bundestagswahl 2009: „Armut Alleinerziehender und ihrer Kinder bekämpfen und vermeiden!“ lesen Sie im Internet unter http://www.familienbildung-deutschland.de/Download/pdf/AGIA_Bundestagswahl_2009.pdf

Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ):

Wahlhelden kämpfen für junge Politik - BDKJ ruft junge Menschen dazu auf, im Bundestagswahlkampf mitzumischen

Berlin, 28. Juli. Wahlhelden nehmen Kurs auf den Bundestag: Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) ruft junge Menschen auf, sich in den Wahlkampf einzumischen. „Jugendliche und junge Erwachsene werden nicht nur zur Wahl gehen, sondern Politik mit ihren Themen und Meinungen konfrontieren“, kündigte BDKJ-Bundesvorsitzende Ursula Fehling in Berlin an.

Damit startet der BDKJ die heiße Phase seiner Bundestagswahlkampagne „Werde Wahlheld, werde Wahlheldin“.

Die katholischen Jugendverbände gehen mit gutem Beispiel voran. Ob im Kochduell mit Kandidaten, per Wahlprogramm-Poker oder im Treffen mit Abgeordneten: Jugendliche in den Mitglieds- und Diözesanverbänden des BDKJ bringen ihre Forderungen in den Wahlkampf ein. Auf den Seiten www.wahlheld.de und www.wahlheldin.de finden junge Menschen Ideen, wie auch sie mit Politik ins Gespräch kommen können.

„Entgegen allen Behauptungen: Junge Menschen interessieren sich für Politik – vor allem, wenn sie einen direkten Zusammenhang mit ihrem Leben sehen“, so Fehling. Deshalb widmet sich die jugendliche Website bis zur Wahl am 27. September jede Woche einem von insgesamt acht Schwerpunkten. Den Anfang machen Freiwilligendienste wie etwa das FSJ. Zu diesen beziehen neben Bundesjugendministerin Ursula von der Leyen Mitglieder aller Bundestagsfraktionen Stellung. So entstehen „Wahlchecker“, die Jungwähler dann vergleichen können. Dazu kommen Themen wie Schule, Jugendarmut oder Klimawandel. Userinnen und User können voten, kommentieren und eigene, digitale Wahlhelden ins Parlament oder an Freunde schicken. Darüber hinaus gibt es Infos und einen eigens produzierten Film. „Demokratie wird dann weiter gut funktionieren, wenn wir junge Menschen für Politik und damit auch Wahlen begeistern können“, erläutert Fehling das Ziel der Kampagne. „Für uns ist jeder junge Wähler und jede junge Wählerin ein Wahlheld oder eine Wahlheldin.“

Der BDKJ ist Dachverband von 16 katholischen Jugendverbänden und -organisationen mit rund 650.000 Mitgliedern. Er vertritt die Interessen von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen in Politik, Kirche und Gesellschaft. Infos und druckfähige Bilder gibt es auf www.wahlheld.de , www.wahlheldin.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO):

Wahlprüfsteine

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hat den im Bundestag vertretenen Parteien Fragen zu folgenden Themen gestellt:

- Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe
- Alterssicherung
- Beschäftigungschancen älterer Menschen
- Politische und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen
- Infrastrukturentwicklung und Verbraucherschutz
- Erhalt von Selbständigkeit und Lebensqualität

Die Antworten der Parteien finden Sie im Internet unter <http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Startseite/Wahlpruefsteine-BAGSO-2009.pdf>

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK):**Ohne Wahlen keine Demokratie - ZdK verabschiedet Wahlaufuf**

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat alle Wahlberechtigten aufgerufen, angesichts der großen gegenwärtigen Herausforderungen mit ihrem Votum bei der bevorstehenden Bundestagswahl den künftigen Kurs deutscher Politik zu bestimmen. „Die Demokratie lebt von der Mitverantwortung aller“, heißt es in dem Wahlaufuf mit dem Titel „Ohne Wahlen keine Demokratie!“, den die ZdK-Vollversammlung am Freitag, dem 8. Mai 2009, in Berlin verabschiedet hat. „Die Finanzkrise hat gezeigt, wohin das Fehlen international verbindlicher Regeln und der Verlust wertorientierter Verhaltensweisen führen“, heißt es in der Erklärung.

Die Katholiken fordert das ZdK ausdrücklich auf, christliche Kriterien zur Beurteilung und zur Gestaltung des Gemeinwohls einzubringen. Darüber hinaus appelliert es an alle Bürger mit ihrer Wahlentscheidung die notwendigen Voraussetzungen für eine handlungsfähige, gemeinwohlorientierte und dauerhaft belastbare Politik zu schaffen.

Nachdrücklich erinnert das ZdK daran, dass Wahlrecht auch Wahlverpflichtung bedeutet. „Wer sein Wahlrecht nicht ausübt“, so warnt die Erklärung, „überlässt anderen die Verantwortung. Davon profitieren dann womöglich extremistische Parteien, die ihre Wähler mit populistischen Methoden mobilisieren können“.

Weiter mahnt das Zentralkomitee in seiner Erklärung, Politik und politische Entscheidungsstrukturen als einen komplexen Prozess ernst zu nehmen. Manche Politiker versuchten Wählerstimmen zu erhalten, indem sie einfache Antworten auf schwierige Fragen anböten. Aber kaum eine politische Frage lasse ein einfaches Ja oder Nein zu. Auch die politischen Institutionen selbst bildeten ein komplexes System. Politische Macht sei in Deutschland verteilt zwischen Verfassungsorganen, föderativen Strukturen, politischen Parteien, gesellschaftlichen Gruppen, Medien und vielen anderen Akteuren. Unter diesen Bedingungen weise das politische System in Deutschland aus guten Gründen die Züge einer Verhandlungsdemokratie auf. „Verhandlungen und Konsenssuche sind keine 'Streitereien', sondern notwendig für das Austarieren von Auffassungen und Interessen, um zu politisch tragfähigen Kompromissen zu kommen“, heißt es in dem Wahlaufuf wörtlich, „Wir rufen daher alle Bürgerinnen und Bürger auf, die Komplexität des Politischen anzunehmen“.

Die politischen Akteure ruft das ZdK auf, die Bürger gerade angesichts komplexer politischer Inhalte und Prozesse ernst zu nehmen. Gerade in Zeiten des Wahlkampfes dürften schwierige politische Sachverhalte nicht auf nichtssagende Schlagworte verkürzt werden. Was vor der Wahl inhaltlich gesagt wurde, sollte auch nach Bildung einer Koalitionsregierung wieder erkennbar sein. Dies gelte angesichts der Veränderungen in der Parteienlandschaft insbesondere auch für die Frage nach Regierungskoalitionen.

Nicht zuletzt fordert das ZdK Akzeptanz dafür, dass Demokratie nachhaltige politische Führung braucht. Das Schwinden von Wählerbindung bleibe nicht ohne Folgen für den politischen Prozess. Die Demoskopie gewinne zunehmend Einfluss auf politische Aktionen. Es bestehe die Gefahr, dass langfristig angelegte, notwendige Entscheidungen durch nur auf die nächsten Wahlen zielende Politikkonzepte ersetzt würden. Aus christlicher Perspektive müsse hingegen die Kultur

des Miteinanders, der Nachhaltigkeit, des Maßhaltens – gerade im Interesse künftiger Generationen - im Zentrum politischer Entscheidungen stehen.

Politik, so das ZdK, sei kein „Wünsch-Dir-Was“-Programm. Manches in der Politik sei unpopulär, aber gleichwohl notwendig. Gute politische Führung ziele daher nicht auf den kurzfristigen Wahlerfolg, sondern auf nachhaltige Problemlösung. Nur durch Verlässlichkeit im Reden und Handeln entstehe Glaubwürdigkeit.

Den Wortlaut der Erklärung „Ohne Wahlen keine Demokratie!“ finden Sie auf der Internetseite des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) unter www.zdk.de

Kirchen zur Bundestagswahl

Bischöfe: Wahlenthaltung ist unvernünftig

Bonn (KNA) Die katholischen Bischöfe haben die Deutschen zur Teilnahme an der Bundestagswahl aufgerufen. „Für allgemeine Politikerschelte und Politikverdrossenheit besteht kein Grund“, heißt es in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz. Wer von seinem Wahlrecht nicht Gebrauch mache, verzichte auf die Beeinflussung der Politik und übernehme Mitverantwortung für den Fall, dass unverantwortliche politische Kräfte Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens erhielten. „Wahlenthaltung ist keine vernünftige und konstruktive Antwort auf tatsächliche oder vermeintliche Missstände.“

In ihrem Aufruf zum 27. September benennen die Bischöfe für sie zentrale Politikfelder. Dazu gehören eine „nachhaltige und gerechte“ Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Erhalt und die Erneuerung des Sozialstaats, die Förderung von Ehe und Familie, der Schutz des Lebens vom Anfang bis zum Ende sowie ein Bildungssystem, das allen Schichten der Bevölkerung gleiche Chancen ermöglicht. Gleichzeitig erinnern sie an die Verantwortung Deutschlands für den Abbau von Armut in der Dritten Welt und die Rechte von Flüchtlingen in der Bundesrepublik. Bei Bewältigung der Wirtschaftskrise betonen die Bischöfe, Ziel müsse ein Regelwerk sein, „das Auswüchse, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben, so weit wie möglich verhindert und zugleich werteorientierte Verhaltensweisen fördert“. Besorgt zeigt sich die Bischofskonferenz über Tendenzen, die „auf die Trennung von Ehe und Familie und eine Entgrenzung des Familienbegriffs hinauslaufen“. Die im Grundgesetz festgelegte herausragende Rechtsstellung von Ehe und Familie müsse gesichert und die materielle Lage der Familien verbessert werden.

(KNA – 3. September 2009)

Den Wortlaut des Wahlaufrufs der **Deutschen Bischofskonferenz** finden Sie auf der Internetseite unter www.dbk.de

Parteiprogramme & Informationen

62,2 Millionen Wahlberechtigte zur Bundestagswahl 2009

Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 werden nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Bundesgebiet vom 16. Februar 2009 etwa 62,2 Millionen Deutsche wahlberechtigt sein, davon 32,2 Millionen Frauen und 30,0 Millionen Männer. Die Zahl der Wahlberechtigten ist damit etwas größer als bei der letzten Bundestagswahl 2005, als rund 61,9 Millionen Personen wählen durften.

Zu den Wahlberechtigten gehören etwa 3,5 Millionen Erstwähler, die seit der letzten Bundestagswahl volljährig geworden sind. Dabei werden 1,7 Millionen Frauen und 1,8 Millionen Männer bis zum Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und können erstmals bei der Bundestagswahl ihre Stimme abgeben. Dies umfasst alle jungen Deutschen, die in der Zeit vom 19. September 1987 bis zum 27. September 1991 geboren wurden.

(Quelle: www.bundeswahlleiter.de)

Wer steht zur Wahl?

Zur Wahl des Deutschen Bundestages am 27. September 2009 treten insgesamt 27 Parteien mit Landeslisten an. Partei-Experten aus der Wissenschaft haben im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu jeder Partei ein Kurz-Profil verfasst. Die Profile bieten eine zusammenfassende Übersicht über die programmatischen Antworten der Parteien zu gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Grundfragen.

- Eine Auflistung der zur Wahl stehenden Parteien mit jeweils einem Kurzprofil sowie weitere Informationen zur Bundestagswahl 2009 wie aktuelle Umfrageergebnisse, den Wahl-O-Mat oder Fakten finden Sie auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung unter www.wahlen.bpb.de
- Eine Liste der zugelassenen Parteien, Informationen rund um die Bundestagswahl und die offiziellen Ergebnisse nach der Wahl finden Sie im Internet unter www.bundeswahlleiter.de
- Auf der Internetseite des Deutschen Bundestags gibt es ebenfalls zahlreiche Informationen zur Bundestagswahl und zur Wahlgeschichte: http://www.bundestag.de/btg_wahl/index.html

Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien

CDU/CSU: „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“, im Internet stehen ein Kurz- und Langfassung zur Verfügung => www.cdu.de/portal2009/27890.htm

SPD: „Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland“, im Internet stehen eine Kurz- und Langfassung zur Verfügung => www.spd.de/de/politik/regierungsprogramm/index.html

FDP: „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei“, im Internet stehen eine Kurz- und Langfassung zur Verfügung => www.deutschlandprogramm.de

Bündnis 90/Die Grünen: „Unser Programm zur Bundestagswahl“, im Internet stehen eine Kurz- und Langfassung zur Verfügung => <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/unser-wahlprogramm.html>

DIE LINKE: „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden“, im Internet stehen eine Kurz- und Langfassung zur Verfügung => <http://die-linke.de/wahlen/positionen/>

„Seçim Senin - Du hast die Wahl“

Interkulturelle Wahlfibel zur Bundestagswahl 2009

Die zweisprachige Broschüre stellt anschaulich und leicht verständlich Informationen zu den Bundestagswahlen bereit und möchte türkeistämmige Eingebürgerte dazu animieren, ihre Stimme bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 27. September abzugeben.

Das Informationsangebot enthält neben den wichtigsten Terminen rund um die Bundestagswahl einen Überblick über die zur Wahl stehenden Parteien, sowie eine Wahlanleitung und wird begleitet von Wahlaufrufen prominenter Persönlichkeiten mit türkischem Migrationshintergrund. Die Darstellung in deutscher und türkischer Sprache erleichtert das Verständnis und lässt so dem Gang zur Wahlurne nichts mehr im Wege stehen.

Download

Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden unter www.bpb.de/files/ZXS3E3.pdf

Bestelladresse

Bundeszentrale für politische Bildung, Wiebke Kohl, Fachbereich „Politikferne Zielgruppen“
Adenauerallee 86 - 53113 Bonn, E-Mail: Wiebke.kohl@bpb.de
Tel + 49 (0) 228 /99 515-225 - Fax + 49 (0) 228/99 10 515-225